

Jens Bullerjahn

Perspektive 2020⁺ für Sachsen-Anhalt



Eckpunkte meines Programms

1. Meine Strategie für unser Land – ein Angebot zum Dialog

Keine Zeit verlieren

In den Wochen vor der Wahl sprechen alle Anzeichen dafür: **Die SPD wird auch in der nächsten Legislatur Regierungsverantwortung tragen.** Diese Erwartung sowie die Tatsache, dass die wichtigsten politischen Aufgaben keinerlei Aufschub dulden, macht eine klare Verständigung über die kurz-, mittel- und langfristige Regierungsarbeit – beginnend schon vor der Wahl und konkreter als in Wahlprogrammen – sinnvoll und notwendig. Ich habe als Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident vor der Wahl die Arbeit nicht eingestellt und will sicherstellen, dass wir auch danach nicht an Tempo verlieren. Deshalb muss die Regierungsbildung schnell abgeschlossen sein. Und fest steht, dass der nächste Haushalt des Landes im August als Regierungsentwurf vorliegen und bis spätestens Ende des Jahres verabschiedet sein muss.

Dialog vor der Wahl verstärken

Bereits 2004 hatte ich ein Strategie-Papier 2020 vorgelegt, dessen Inhalte auch von anderen Parteien aufgegriffen wurden und für mich Richtschnur für eine gute Entwicklung unseres Landes in den letzten fünf Jahren waren. In vielen Bereichen ist es gelungen, zu anderen deutschen Ländern aufzuschließen oder diese sogar zu überholen. Mit den hier festgehaltenen Eckpunkten zu meinem vorliegenden Programm zeige ich wiederum **grundlegende strategische Ansätze** auf, wie die Zukunftsfähigkeit des Landes gesichert werden kann. Ich formuliere dazu fünf Kernziele sowie sieben Leitinitiativen, die jeweils mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen unterlegt sind. Das Ganze ist ein Angebot zum Dialog mit allen Engagierten und Interessierten in unserer Gesellschaft. Diese Diskussion will ich bewusst vor der Wahl verstärken. Die **Wähler haben ein Recht auf konkrete Aussagen.** Und ich will ihnen verdeutlichen, dass ich die dringendsten Aufgaben direkt nach der Wahl anpacke und noch in diesem Jahr erledige.

2011: Durchstarten!

Unmittelbar nach der Verhandlung der Koalition durch die sie tragenden Parteien und der anschließenden Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt fällt der Startschuss für das konkrete Regierungshandeln.

Bis August 2011 ist der Entwurf für den **Doppelhaushalt 2012/2013** vorzulegen. Klar ist: Dieser Haushalt wird **ohne neue Schulden** aufgestellt! In diesem Zusammenhang entscheidet die neue Landesregierung auch über die weitere Personalentwicklung der Landesverwaltung. Während des Haushaltsaufstellungsverfahrens sind auch eine angepasste Prioritätenliste für den Hochbaubereich des Landes sowie erste Beschlüsse zur Umstrukturierung und Neuorganisation der Landesverwaltung vorzulegen.

Auf der Grundlage vorhandener politischer Beschlüsse und Absichtserklärungen können parallel zur Haushaltsaufstellung das **Gesetz zum Kommunalen Finanzausgleich** (geplante Bewertung des jetzt geltenden Rechts und dessen finanzielle Auswirkungen auf die Kommunen), das Kinderförderungsgesetz (einheitliche Betreuungszeit für alle Kinder) und das Schulgesetz (Empfehlungen des Bildungskonvents) verändert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Jahr liegt in der konkreten **Umsetzung des „Bildungsinvestitionsprogramms 2012-2016 (STARK III)“**. Voraussetzung für eine erfolgreiche und sinnvolle Umsetzung von STARK III in unserem Land ist auch die **Verabschiedung eines Vergabegesetzes**. Damit wird sichergestellt, dass nur tariffreue Unternehmen, also Betriebe, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fair behandeln, vom bisher größten Schul- und Kita-Sanierungsprogramm des Landes (geplantes Volumen 600 Mio. EUR) partizipieren können.

Auch hochaktuelle Themen wird die neue Landesregierung schnell anpacken. So ist noch in diesem Jahr eine regional differenzierte **Rahmenplanung zum Umgang mit dem Grund- und Hochwasserproblem** im Land aufzustellen.

Schließlich ist in 2011 die Vergabe von Fördermitteln auf eine neue Grundlage zu stellen. In Zukunft muss in diesem Bereich eine Berücksichtigung von tariflichen und sozialen Standards sichergestellt werden. Im Herbst plane ich eine **konzertierte Aktion „Wirtschaft+Arbeit“** mit Unternehmen, Gewerkschaften und der Investitionsbank unseres Landes. Sie soll gewährleisten, dass eingesetzte Fördermittel auch auf den Arbeitsmarkt verstärkt „durchschlagen“.

Dabei ist es notwendig, bis Juli 2011 auch die **Halbzeitevaluierung der aktuellen EU-Strukturfondsperiode** unter Berücksichtigung der eigenen politischen Schwerpunktsetzungen der neuen Landesregierung und des im Entwurf vorliegenden europäischen Projekts „Europa 2020“ zu verabschieden.

Eine Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen im Jahr 2011 erfordert einen schnellen und zielsicheren Start der Koalition und ein konzentriertes Arbeiten des gesamten Kabinetts. Zeitgleich startet der bewährte Dialogprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern und den gesellschaftlichen Akteuren des Landes.

Die laufenden Planungen für den Haushalt des Landes, die durch den Landtag bis zum Ende des Jahres 2011 abgeschlossen werden, zwingen uns auch dazu!

Mein Motto: Gut planen. Gut vorbereiten. Gut entscheiden. Für Sachsen-Anhalt!

Worum geht es mir?

Zentrales Ziel ist die **Entwicklung eines attraktiven und lebenswerten Sachsen-Anhalts**. Es geht mir um ein Land, das für seine Menschen als Arbeits- und Lebensort interessant ist, ein Land, das Unternehmen motiviert, sich hier erfolgreich zu engagieren. Die Entwicklung Sachsen-Anhalts muss von seinen Zentren her gedacht werden – ohne dass dabei die Städte gegen das Land ausgespielt werden.

Wir brauchen eine Strategie für die nächsten Jahre mit klaren Prämissen:

- Konzentration auf die wichtigsten Aufgaben
- Orientierung finanzpolitischer Ziele an vergleichbaren Flächenländern in Deutschland
- Frühzeitige Einbindung der Kommunen in die Umsetzung umfassender Lösungsansätze
- Integration in übergeordnete Strategien auf nationaler und europäischer Ebene
- Festlegung klarer und umsetzbarer Konzepte und Schritte

Wir brauchen eine gemeinsame „Perspektive 2020+“ für Sachsen-Anhalt, an der sich die künftige Landesregierung in ihrem Regierungsprogramm orientiert, die jedoch auch von den Menschen im Land mitgetragen und durch vielfältige Aktivitäten umgesetzt wird. **Im Mittelpunkt steht ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum**, das sowohl zur weiteren Senkung der Arbeitslosigkeit beiträgt als auch eine Einkommensentwicklung ermöglicht, die den Beschäftigten eine sichere Perspektive für sich und ihre Familien gewährleistet. „Perspektive 2020+“ steht für ein attraktives Sachsen-Anhalt, das mehr Menschen dazu bewegt, im Land zu leben und zu arbeiten. Das alles kann nur mit Unterstützung einer leistungsfähigen Verwaltung in Städten und Gemeinden sowie im Land gewährleistet werden, die sich durch Bürgernähe auszeichnet.

2. Kernelemente der „Perspektive 2020+“ für Sachsen-Anhalt

Ich plädiere dafür, dass wir die Schwerpunkte für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung in eindeutige Zielstellungen übertragen:

- a) **Wirtschaftsziel:** Optimierung der Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft und die wichtigsten Branchen, um Sachsen-Anhalt zum Wachstumsmotor Ostdeutschlands zu machen
- b) **Sozialziel:** Senkung der Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt auf dauerhaft unter zehn Prozent
- c) **Bildungsziel:** Senkung des Anteils der Schulabgänger ohne Abschluss auf unter fünf Prozent
- d) **Innovationsziel:** Entwicklung des Landes zu einem wichtigen Innovationsstandort in Europa und deutliche Verbesserung im europäischen Innovations-Ranking
- e) **Umweltziel:** Entwicklung des Wirtschafts- und Industriestandorts Sachsen-Anhalt zum Vorreiter einer emissionsarmen Wirtschaft in Deutschland

Um diese Ziele zu erreichen, schlage ich **sieben Leitinitiativen** vor, in denen die dafür notwendigen legislativen, finanziellen und organisatorischen Maßnahmen integriert und gebündelt werden. Diese Leitinitiativen werden unter Einbindung der zuständigen Fachressorts und der betroffenen Akteure im Land konzipiert und umgesetzt.

Ein umfassendes **strategisches Steuerungssystem** wird sicherstellen, dass die Leitinitiativen transparent und effektiv umgesetzt werden. Mit einem integrierten Controlling sowie im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Betroffenen und Institutionen im Land wird für regelmäßige Anpassungen mit Blick auf das Erreichen gesorgt.

3. Leitinitiativen für Sachsen-Anhalt

Die „Perspektive 2020“ für Sachsen-Anhalt beinhaltet folgende Leitinitiativen:

- Wirtschafts- und Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt
- Strategie für Beschäftigung und soziale Sicherheit Sachsen-Anhalt
- Bildungsstrategie Sachsen-Anhalt
- Strategie zur Bewältigung der demografischen Herausforderung
- Klima- und Umweltstrategie Sachsen-Anhalt
- Digitalstrategie Sachsen-Anhalt
- Konsolidierungsstrategie Sachsen-Anhalt

Allen Leitinitiativen haben gemein

- eine Untersetzung der Gesamtstrategie mit klaren kurz-, mittel- und langfristigen Zielstellungen, wobei die kurzfristigen Maßnahmen als **Sofortprogramm in den Jahren 2011 und 2012** wirksam werden
- eine indikatorgestützte Umsetzung im Rahmen eines Aktions-, Organisations-, Zeit- und Finanzplans
- eine Überprüfung und Neu-Ausrichtung der Landesförderung auf diese Leitinitiativen hin
- eine übergreifende Koordinierung durch eine neu einzurichtende Leitstelle für Information und Strategische Steuerung Sachsen-Anhalt (LISSA) in engem Zusammenwirken mit den Zielgruppen und den betroffenen Ressorts

Die Leitinitiativen werden auch die **Grundlage für den künftigen Einsatz der Strukturfonds** im Land unter den besonderen Bedingungen der Förderung als Übergangsregion bilden. Die Zwischenbewertung des Strukturfondseinsatzes in der laufenden Förderperiode (2007-2013), die wir dieses Jahr abschließen müssen, wird genutzt, um die laufende EU-Förderung auf diese Initiativen auszurichten. Gleiches gilt für den Einsatz der nationalen Zuweisungen.

Darüber hinaus beabsichtige ich, frühzeitig den möglichen Beitrag externer Kapitalgeber, wie beispielsweise der Europäischen Investitionsbank, in die Finanzierung dieser Maßnahmen einzubinden. Wo immer möglich und sinnvoll möchte ich Kreditinstrumente anstelle der Vergabe verlorener Zuschüsse einsetzen. Die erfolgreiche Entwicklung der Investitionsbank (IB) des Landes gilt es, hinsichtlich ihrer Rolle als strategischer Partner für Beratung, Finanzierung und Förderung weiter fortzusetzen.

3.1. Wirtschafts- und Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt konnten sich die strukturprägenden Leitindustrien erfolgreich entwickeln. Neben neuen Ansiedlungserfolgen gelang es, die bestehenden Unternehmensstrukturen zu stabilisieren. Mittelständische Unternehmen und Handwerk erwiesen sich gerade in der Krise als wichtige Faktoren wirtschaftlicher Stabilität. Gleiches gilt für eine Vielzahl kommunaler

Unternehmen, die in Verbindung mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) positiv auf Wachstum und Beschäftigung im Land wirkten. Der Ansatz der Clusterpolitik hat sich bewährt und soll verstärkt werden.

Sachsen-Anhalt liegt jedoch im Hinblick auf die Innovationstätigkeit und Innovationsfähigkeit der hiesigen Wirtschaft hinter anderen deutschen Ländern und auch im europäischen Vergleich zurück. Daher besteht erheblicher Handlungsbedarf, die bisherige Innovationspolitik des Landes in Verbindung mit der weiteren Gestaltung der Clusterstrategie zu überprüfen, um einen integrierten und umfassenden Ansatz der Forschungs- und Innovationspolitik zu erreichen. Nur so lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit des Landes langfristig sichern.

Die Wirtschafts- und Innovationsstrategie umfasst folgende Elemente:

- Stärkere Einbindung von Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft in regelmäßige Strategiedialoge mit der Landesregierung unter Leitung des Ministerpräsidenten und Einbeziehung jeweils relevanter Ressorts
- Stärkung von strukturprägenden Clustern mit dem Schwerpunkt der Entwicklung von Wertschöpfungsketten im Land
- Stärkere Konzentration der Fördermittel auf die angewandte Forschung für entsprechende Verbundvorhaben von Wirtschaft und Wissenschaft
- Abbau von Doppelstrukturen bei der Förderung von Forschung und Wirtschaft
- Aktive Rolle des Landes bei der Ausgestaltung künftiger Innovationspolitik auf nationaler und europäischer Ebene sowie bei der Entwicklung länderübergreifender Kooperation im Bereich der Innovationsförderung
- Erschließung neuer Wachstumsquellen, u.a. durch Nutzung heimischer Rohstoffe wie der Braunkohle als Rohstoffbasis für die chemische Industrie

Maßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung:

- Aufwertung des bestehenden Innovationsrates zu einem Cluster- und Innovationsbeirat zur strategischen Steuerung und Umsetzung der Landespolitik in diesem Bereich sowie zur Vorbereitung der Strategiedialoge zwischen Wirtschaft und Landesregierung
- Bestimmung geeigneter Indikatoren für die Steuerung und Bewertung der künftigen Innovationspolitik auf der Basis des regionalen Innovationsrankings in Europa
- Aktive und bestandspflegende Mittelstandspolitik durch Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmensfinanzierung, zur Deckung des Fachkräftebedarfs, zur Stärkung der Innovationskraft und zur Erschließung von Auslandsmärkten
- Neuausrichtung der Ansiedlungspolitik durch eine engere Vernetzung mit der Wirtschaft und eine stärkere Integration in die Wirtschafts- und Clusterpolitik des Landes
- Finanzmittel zur Umsetzung des Rahmenvertrags „Forschung und Innovation“ mit den Hochschulen ab 2012 werden auf dem derzeitigen Niveau weiter gewährt
- Entwicklung eines **Rohstoffsicherungsprogramms** für Sachsen-Anhalt unter besonderer Berücksichtigung des künftigen Bedarfs und der Versorgungssicherheit strukturbestimmender Branchen

- Erstellen eines Masterplans zur Nutzung von Biomasse unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten und Einflussnahme auf Rahmenbedingungen des Bundes und der EU zur effizienten Nutzung einheimischer Ressourcen
- Nachprüfbar Erhöhung der Beteiligung an nationalen und europäischen Programmen und Initiativen zur Innovationsförderung im Wege einer Aktivierungsstrategie

Maßnahmen zur mittel- und langfristigen Umsetzung:

- Ausbau der Industrieforschung in Sachsen-Anhalt im Zusammenwirken mit den wichtigsten Branchen des Landes
- Gestaltung der Vorreiterrolle des Landes bei der Nutzung von Braunkohle als Chemierohstoff/Begleitung der Aktivitäten zum Aufbau eines Braunkohle-Chemieparks am Standort Leuna
- Entwicklung eines Konzeptes zur Optimierung abfallwirtschaftlicher Entsorgungsstrukturen unter besonderer Berücksichtigung von Aufwand, Folgekosten und Synergieeffekten
- Ausbau länderübergreifender Kooperationen zur Stärkung der Innovationsfähigkeit Ostdeutschlands
- Förderung des Personalaustausches zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft durch ein entsprechendes Programm

3.2. Strategie für Beschäftigung und soziale Sicherheit Sachsen-Anhalt

Arbeit schafft Einkommen und soziale Sicherheit. Arbeit sichert den Lebensunterhalt im Alter, bringt individuelle Wertschätzung und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn sie zu fairen Bedingungen angeboten und ausgeübt wird. Dazu gehört natürlich eine angemessene Entlohnung. Die Entwicklung Sachsens-Anhalts steht und fällt mit der Frage, ob die Menschen hier gute Arbeit finden und ob Aussicht auf eine angemessene Beschäftigung nach Ausbildung oder Studium besteht.

Ich werde deshalb Wachstumschancen wahren, die neue und gute Arbeitsplätze entstehen lassen. Dabei muss dafür Sorge getragen werden, dass künftig alle Schichten der Gesellschaft die Chance haben, von Bildung zu profitieren. Deshalb ist eine moderne und gerechte Bildungspolitik zugleich der Kern einer nachhaltigen Strategie für Beschäftigung und soziale Sicherheit in Sachsen-Anhalt - zusammen mit einer Wirtschaftspolitik, die Wachstumsinvestitionen voranbringt.

Die Strategie für Beschäftigung und soziale Sicherheit umfasst folgende Elemente:

- Investitionen in Bildung zur Bekämpfung der „Vererbung von Armut“
- Engagement und Initiativen auf Bundesebene gegen das weitere Auseinanderdriften der Einkommens- und Lebensverhältnisse in der Gesellschaft
- Zurückdrängen der prekären Beschäftigung, des Niedriglohnssektors, der Leiharbeit
- Umkehr von der Abwanderung zur Zuwanderung junger und gut ausgebildeter Leute

Maßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung:

- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns mit Öffnung für branchenbezogene tarifvertragliche Abweichungen nach oben
- Fortführung der Ansiedlungsstrategie und stärkere Ausrichtung der Förderung auf beschäftigungswirksame Wachstumsinvestitionen
- Stärkere Verzahnung der Fördermöglichkeiten des Landes mit denen der Arbeitsverwaltung zur Sicherung regionaler Fachkräftebedarfe
- Schaffung eines Vergabegesetzes, welches sicherstellt, dass öffentliche Aufträge von Land und Kommunen nur an tariftreue Unternehmen erteilt werden
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, um soziale Betreuung zu sichern

Maßnahmen zur mittel- und langfristigen Umsetzung:

- Schaffung eines gesetzlichen Rahmens, um Rentenverhältnisse in Ost- und Westdeutschland bis spätestens 2020 anzugleichen
- Aufwertung von geringen Einkommen für die Rentenversicherung

3.3. Bildungsstrategie Sachsen-Anhalt

Nur die konsequente Weiterentwicklung des Bildungs- und Kulturlandes Sachsen-Anhalt sichert uns Zukunftschancen. Dies gilt insbesondere in den Bereichen frühkindliche Bildung und Schule, Aus- und Weiterbildung, im Bereich der Hochschulen sowie für außerschulische Bildung und Erwachsenenbildung. Die reiche Kulturlandschaft gehört ebenfalls in diesen Kontext.

In Sachsen-Anhalt verlassen zu viele Schüler die Schule ohne Abschluss. Deren Zahl hat sich in den letzten Jahren sogar noch erhöht. So verließen im Jahr 2010 über 12% der Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluss.

Um die Wachstumspotentiale des Landes weiter zu erschließen, müssen die drängenden Fragen der Bildungsgerechtigkeit beantwortet und die Qualität der Bildungsangebote erhöht werden. Dabei kommt der Verknüpfung von Bildung und Innovation eine Schlüsselrolle zu.

Aufbauend auf den Ergebnissen des Bildungskonvents, die von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit getragen werden, sollen darüber hinaus die verschiedenen Maßnahmen zur Kultuspolitik in einer „Bildungsstrategie Sachsen-Anhalt“ gebündelt und koordiniert werden.

Die Bildungsstrategie enthält folgende Elemente:

- Freiwillige Umwandlung von bestehenden allgemeinbildenden Schulen in Gemeinschaftsschulen (Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen)
- Stärkere integrative Beschulung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf
- Höhere Eigenständigkeit von Schulen und vertieftes Qualitätsmanagement (Personal, Finanzen, Profil etc.)

- Aufgabengerechte Finanzierung der Hochschulen sowie weitere Verbesserung der qualitativen Rahmenbedingungen für ein Studium
- Erarbeitung eines Kulturkonzepts Sachsen-Anhalt 2020, um sowohl die Breitenkultur (Musik, Theater, Bibliotheken, Museen etc.) als auch die Spitzenkultur (UNESCO-Welterbe, Festivals und Jubiläen etc.) zu sichern

Maßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung:

- Fortführung des Sanierungsprogramms für Schulen und Kitas mit Hilfe von EU-Mitteln **(STARK III)**
- Ganztagsbetreuungsanspruch für alle Kinder in der Kita
- Verankerung der Gemeinschaftsschule als gleichberechtigte Schulform im Schulgesetz
- Einsetzung eines „Kulturkonvents“

Maßnahmen zur mittel- und langfristigen Umsetzung:

- Empfehlungen des Bildungskonvents umsetzen
- Vorbereitung der neuen (ab 2014) Zielvereinbarungen mit den Hochschulen
- Erhöhung der Absolventenzahl in der Lehrerbildung

3.4. Strategie zur Bewältigung der demografischen Herausforderung

Die Bewältigung der demografischen Herausforderung ist eine zentrale politische Aufgabe. Die Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung sind bekannt. Sie dürfen aber nicht als sich selbst erfüllende Prophezeiung fatalistisch hingenommen werden. Vielmehr gilt es zu handeln, damit Entwicklungsperspektiven für alle Regionen des Landes erhalten bleiben. Regionen – und hier vor allem der besonders von der negativen Bevölkerungsentwicklung betroffene ländliche Raum – brauchen spezifische Strategien. Diese Strategien müssen vor Ort durch leistungsfähige Kommunen umgesetzt werden.

In dieser Legislaturperiode sind mit der Gemeindegebietsreform die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, nachhaltig leistungsfähige und bürgernahe Kommunalverwaltungen aufzubauen. **In der kommenden Legislatur sollen sich die Akteure vor Ort in diesen Strukturen finden und die internen Abläufe optimieren.** Das Land hat sie hierbei mit einer auskömmlichen Finanzausstattung, einer kritischen Prüfung kommunaler Pflichten sowie einem Abbau bürokratischer Hemmnisse zu unterstützen.

Die Strategie zur Sicherung der Daseinsvorsorge enthält folgende Elemente:

- Sicherheit vermitteln, dass niemand abgehängt wird: Dazu gehört die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durch eine angemessene Polizeipräsenz genauso wie jede Region eine Bestandsgarantie für mindestens eine Hochschule und ein Theater hat
- Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Regionen durch Stärkung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum

- Übertragung dazu geeigneter, bislang von den Landkreisen erledigter Aufgaben auf die Einheits- und Verbandsgemeinden zur Verkürzung der Wege zwischen Bürger und Verwaltung (interkommunale Funktionalreform)
- Stärkung kommunaler Entscheider durch Abbau von Fachaufsicht und gesetzlichen Vorgaben
- Förderung der Fortschreibung und kontinuierlichen Umsetzung von integrierten Entwicklungskonzepten in Städten und Gemeinden – unter Beachtung der Erkenntnisse der Internationalen Bauausstellung (IBA)
- Berücksichtigung der „Kosten der Weite“ bei der Entwicklung der Finanzausweisungen an den ländlichen Raum im Rahmen der Novelle des Finanzausgleichsgesetzes
- Stärkung der Kommunen als wirtschaftlicher Akteur vor Ort auch durch Begleitung der Kommunen bei der **Rekommunalisierung** von Aufgaben der Daseinsvorsorge
- Sicherung der Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum
- Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots im Öffentlichen Personennahverkehr

Maßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung:

- Novellierung des Gemeindegewirtschaftsrechts, um die wirtschaftliche Tätigkeit von Kommunen auf der Grundlage bereits erarbeiteter Gesetzesvorschläge zu erleichtern
- Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes
- Flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen
- Sicherung einer nachhaltigen Wirkung der Internationalen Bauausstellung (IBA) durch die Schaffung eines thematischen Kompetenzzentrums
- Zusätzliche Anstrengungen zur ärztlichen Betreuung in den unterversorgten Regionen

Maßnahmen zur mittel- und langfristigen Umsetzung:

- Gesetzgebung zum Abbau überflüssiger Standards
- Schwerpunktbezogene Vergabe der Städte- und Wohnungsbaufördermittel – in enger Abstimmung mit dem Einsatz anderer Fördermittel-Kategorien
- Weitere Stärkung der „städtischen Dimension“ in der Landesentwicklung – unter besonderer Beachtung sozialer Standards und kommunalwirtschaftlicher Potenziale

3.5. Klima- und Umweltstrategie Sachsen-Anhalt

Die anspruchsvollen europäischen und nationalen Ziele im Bereich des Klimaschutzes und der Umweltpolitik sind verbindlich. Sie erfordern eine stärkere inhaltliche und organisatorische Verknüpfung der Umwelt- und Energiepolitik sowie handlungsfähige Arbeitsstrukturen. Sachsen-Anhalt als wichtiger Industriestandort und gleichzeitig führender Standort erneuerbarer Energien muss eine Führungsfunktion bei der energetischen Erneuerung und der Entwicklung innovativer Lösungen übernehmen.

Die Klima- und Umweltstrategie umfasst folgende Elemente:

- Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien als Einheit und Grundlage der Energie-, Klima- und Umweltpolitik des Landes
- Forschung, Entwicklung und Ausbau von Spitzentechnologien und -produkten für die Nutzung der Sonnen-, Wind- und Bioenergie sowie der Wasserkraft und Speichertechniken
- Frühzeitige Abstimmung von Raumordnung und Raumplanung auf eine nachhaltige Ressourcennutzung
- Neuausrichtung des Dialogs Umwelt und Wirtschaft im Rahmen der Umweltallianz

Maßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung:

- Sofortprogramm zur Finanzierung der notwendigsten Maßnahmen zur Bewältigung der Grundwasserproblematik
- Gründung einer Energie-, Klimaschutz- und Innovationsagentur (EKIA) als Beratungs-, Koordinierungs- und Umsetzungsinstrument
- Berufung eines „Klimabeirates Sachsen-Anhalt“ zur Entwicklung landeseigener Strategien vor dem Hintergrund klimapolitischer Herausforderungen und zur Absicherung eines schnellen und flexiblen Agierens des Landes entsprechend den spezifischen Interessen der einheimischen Wirtschaft
- Verstärkte Förderung der energetischen Gebäudesanierung mit dem Ziel, Energiekosten für Bürger, Unternehmen und Institutionen zu senken sowie Arbeitsplätze zu schaffen
- Initiierung von Modellvorhaben „100% Erneuerbare Energie Kommune/Region bis 2030“

Maßnahmen zur mittel- und langfristigen Umsetzung:

- Umsetzung der bundesweiten Umlage der Netzausbaukosten im Strombereich
- Weiterentwicklung des Vergaberechts unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit
- Initiierung einer Internationalen Ausstellung „Energie-Klimaschutz-Innovation Sachsen-Anhalt 2020“

3.6. Digitalstrategie Sachsen-Anhalt

Wir stehen immer noch am Anfang der künftigen Chancen, die uns die Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten für alle Gesellschaftsgruppen liefern werden. Gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel können die Informations- und Kommunikationstechnologien wichtige Lösungen liefern. Der IT-Struktur des Landes kommt dabei immer mehr Bedeutung zu. Sie ist in letzter Konsequenz als Infrastrukturaufgabe zu begreifen. Voraussetzung ist dabei die Bündelung aller IT-Zuständigkeiten des Landes in einer Organisationsstruktur. Das trifft auch für die Förderung zu.

Für die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts ist dabei von größter Bedeutung, die Möglichkeiten, die Multimedia bietet, insbesondere im Bildungsbereich verstärkt zu nutzen.

Leistungsfähige breitbandige Kommunikationsnetze sind die Autobahnen des 21. Jahrhunderts. Sie sind einer der wichtigsten Standortfaktoren auch für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums und die Vermeidung der digitalen Spaltung des Landes.

Die Digitalstrategie enthält folgende Elemente:

- Ausbau des IT-Landesnetzes und entsprechender IT-Dienste unter Einbeziehung der Kommunen
- Nutzung der Breitbandstrategie der Bundesregierung für eine flächendeckende Versorgung auch im ländlichen Raum mit einem bezahlbaren und leistungsfähigen Breitbandinternetangebot
- Verbesserung der IT-Ausstattung der Schulen in Sachsen-Anhalt
- Einbindung von IT-Firmen in die Digitalstrategie im Rahmen von PPP-Modellen

Maßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung:

- Bündelung aller IT- und Verwaltungsmodernisierungsaktivitäten in einer Struktur
- Fortschreibung der eGovernment-Strategie mit dem Ziel, der Weiterentwicklung Sachsen-Anhalts unter Einbeziehung der regionalen Wirtschaft zu einem wissensbasierten, zukunftsorientierten Wirtschaftsraum
- Koordinierung der Breitbandinitiative mit dem Aufbau des neuen Landesnetzes

Maßnahmen zur mittel- und langfristigen Umsetzung:

- Aufbau eines kommunalen Daten- und Sprachnetzes auf der Basis des Landesnetzes
- Mobile Vernetzung aller Schulstandorte mit den Hochschuleinrichtungen des Landes und Ausstattung der Schüler und Lehrer mit mobilen Computern
- Entwicklung und Betrieb von Onlinediensten in Kooperation mit der regionalen Wirtschaft im Rahmen von PPP-Modellen

3.7. Konsolidierungsstrategie Sachsen-Anhalt

Unabdingbar für die Umsetzung der „Perspektive 2020“ für Sachsen-Anhalt ist die weitere Konsolidierung der Landesfinanzen. Sachsen-Anhalt steht in den nächsten Jahren vor der Aufgabe, ohne neue Schulden auszukommen. Die Schuldenbremse der Landeshaushaltsordnung ist konsequent anzuwenden. Von allen öffentlichen Einrichtungen im Land sind deshalb große Anstrengungen notwendig.

Auch in den Freistaaten Sachsen und Thüringen ist der Konsolidierungsdruck in den Landeshaushalten enorm. Deshalb sollen Synergien durch die engere Zusammenarbeit der Länder in Mitteldeutschland gehoben werden. Aufgrund ihrer überragenden Bedeutung kommt dieser Landesstrategie eine besondere Funktion zu. Sie wird beispielsweise den finanzpolitischen Rahmen für die anderen Leitinitiativen setzen.

Mit dem Solidarpakt II, der zum Ende dieses Jahrzehnts ausläuft, sind die besonderen finanziellen Rahmenbedingungen für die ostdeutschen Länder bis zum Jahr 2019 festgelegt worden. Er gibt den Ländern Planungssicherheit und eine klare Zielvorgabe für das Jahr 2020. Von da an müssen die ostdeutschen Länder aus eigener Kraft ihren Aufgaben nachkommen und ihre staatliche Handlungsfähigkeit sichern.

Umso mehr wird es darauf ankommen, im Kreis aller Länder und gegenüber dem Bund, wenn es z.B. um die Ausgestaltung von Programmen und um die Verteilung von Mitteln geht, die Interessen Sachsen-Anhalts selbstbewusst und mit Nachdruck zum Tragen zu bringen. Die dafür erforderlichen Mehrheiten werden nur im Bündnis mit anderen Ländern gleicher Interessenlage zu gewinnen sein. Deshalb sind dazu intensive und kontinuierliche Abstimmungen und Kooperationen nötig.

Die Konsolidierungsstrategie enthält folgende Elemente:

- Fortführung des Entschuldungsprogramms für die Kommunen des Landes (STARK II)
- Strategien zur Anpassung der Ausgaben
- Fortführung des Personalentwicklungskonzepts
- Modernisierung der Verwaltungsstrukturen und weiterer Abbau von Bürokratiekosten
- Stärkung der finanzpolitischen Vorsorgeinstrumente

Maßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung:

- die zeitnahe Schaffung von haushaltstechnischen Voraussetzungen für Schwerpunktmaßnahmen
- Fortschreiben des Personalentwicklungskonzepts
- die Halbzeitevaluierung der EU-Strukturfonds auf Basis neuer Prioritäten
- die Erarbeitung des Doppelhaushaltes 2012/13 mit Schwerpunktleitinitiativen bis Juli 2011
- die Etablierung einer Leitstelle für Information und strategische Steuerung Sachsen-Anhalt (LISSA)

Maßnahmen zur mittel- und langfristigen Umsetzung:

- Anpassung der Ausgaben auf ein Niveau, das Sachsen-Anhalt in die Lage versetzt, nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II auf eigenen Füßen zu stehen
- Beginn der Schuldentilgung spätestens ab 2014
- Einführung einer umfassenden Erfolgskontrolle für die Förderprogramme

4. Einbindung in die Europa-2020-Strategie der EU

Nicht nur Sachsen-Anhalt steht vor der Aufgabe, längerfristige Strategien zu entwickeln. Auch die EU hat sich mit der Europa-2020-Strategie das Ziel gesetzt, im Hinblick auf die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und globaler Herausforderungen einen Rahmen zu schaffen, in dessen Mittelpunkt ein neuer Wachstumsansatz mit drei Prioritäten steht:

- **Intelligentes Wachstum:** Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft
- **Nachhaltiges Wachstum:** Förderung einer ressourcenschonenden, umweltfreundlicheren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft
- **Integratives Wachstum:** Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt

Ich werde mit der „Perspektive 2020⁺ für Sachsen-Anhalt“ die Strategiebildung des Landes in diesen übergeordneten Rahmen einbetten. Nach der Regierungsbildung werde ich eine umfassende integrative Europastrategie des Landes vorlegen und deren Umsetzung durch jährliche Fortschrittsberichte begleiten. Hierzu wird ein Europakompetenzteam gebildet, das die Europäisierung und Internationalisierung der Landespolitik ressortübergreifend verstärken wird.

Die Europastrategie wird folgende Elemente enthalten:

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine stärkere Beteiligung von Trägern und Einrichtungen des Landes an EU-Förderprogrammen durch intensivere Unterstützung und klarere Vorgaben
- Gemeinsame Interessensvertretung der ostdeutschen Länder und gleich gesinnter Regionen in Europa mit dem Ziel, die Absenkung der Fördermittel aus den Strukturfonds nach 2013 auf höchstens zwei Drittel der jetzigen Mittelausstattung zu begrenzen und den flächendeckenden Förder- und Beihilfestatus für Sachsen-Anhalt zu sichern
- Weiterentwicklung der interregionalen Beziehungen und der Beteiligung des Landes an interregionalen Netzwerken
- Breite und dezentrale Beteiligung aller Akteure bei der Ausgestaltung der nächsten Strukturfondsperiode nach 2013
- Profilierung in Europa und Positionierung des Landes in EU-Initiativen als wichtiger Standort und Kooperationspartner in den Bereichen Kohlechemie, Elektromobilität, Biomasse-Nutzung sowie im Bereich der erneuerbaren Energien

5. Strategische Steuerung und Partizipation

Die Strategie „Perspektive 2020⁺“ für Sachsen-Anhalt wird den Planungs- und Handlungsrahmen für meine Regierungspolitik in der nächsten Legislaturperiode bilden. Dazu ist ein **strategisches Steuerungssystem** notwendig, das das Erreichen definierter politischer Ziele, gesellschaftspolitische Wirkungen, die erforderliche Haushaltsplanung und den Haushaltsvollzug in direkten Zusammenhang stellt. Im Zentrum des haushalterischen Handelns muss mehr die Verwirklichung der politischen Ziele stehen und weniger die Verausgabung der zum Jahresbeginn festgelegten Budgets, wie es bisherige Praxis des Haushaltsvollzugs ist. Zur Unterstützung dieses Prozesses sollen die verschiedenen Gesellschaften und Strukturen der Wirtschaftsförderung sowie der Landesentwicklung stärker gebündelt werden.

Die beste Regierungspolitik wäre jedoch wenig wert, wenn sie nur mangelnde parlamentarische Akzeptanz genießt oder den Menschen in Sachsen-Anhalt nicht verständlich gemacht wird. Deshalb werde ich die **mittelfristige Finanzplanung von einer reinen Regierungsplanung hin zu einem Instrument der Partizipation entwickeln**. Diese wird dem Landtag zur Beratung vorgelegt und die Öffentlichkeit erhält Gelegenheit, sich an der Debatte zu beteiligen. Die „Finanzpolitischen Dialoge“ der letzten Monate haben gezeigt, dass es dafür einen Bedarf und ein hohes Interesse gibt. Deshalb werden sie fortgeführt.

Die Sachsen-Anhalter können stolz darauf sein, was sie vor allem in den vergangenen fünf Jahren erreicht haben. Doch Sachsen-Anhalt kann noch mehr. Das Land verfügt über ein gewaltiges Potenzial für eine weitere gedeihliche Entwicklung. Um diese Ressourcen noch besser nutzen zu können, müssen die politischen Rahmenbedingungen mit Augenmaß verändert werden. Dies sollte und kann Politik aber nicht im Alleingang tun. Deshalb unterbreite ich mit meinen Überlegungen ein **Angebot für eine breite politische Debatte** in unserem Land. So wird daraus unsere gemeinsame „Perspektive 2020⁺“ für Sachsen-Anhalt.